

Motion Natalie Imboden (GB) vom 25. August 2005: Mehr grüne Kraft: Atomausstieg als Ziel - Beteiligungsstrategie überdenken; Abschreibung

In der Stadtratssitzung vom 4. Mai 2006 wurde folgende Motion erheblich erklärt. Am 30. April 2009 wurde einer Fristverlängerung bis Ende August 2009 zugestimmt:

In der Gemeindeordnung, welche von der Stimmbevölkerung mit grossem Mehr gutgeheissen wurde steht: [Die Stadt] unterstützt die dezentrale Energieerzeugung und Energieversorgung und strebt an, umweltbelastende oder umweltgefährdende Energieträger wie die Atomenergie durch einheimische und regenerierbare Energie zu ersetzen. (Art. 8 Abs. 3 GO).

Das ebenfalls durch die Stimmbevölkerung verabschiedete Reglement legt weiter fest: Energie Wasser Bern setzt sich im Rahmen ihrer Beteiligung an Atomkraftwerken für eine Auflösung bestehender vertraglicher Verpflichtungen zur Wiederaufbereitung abgebrannter Kernbrennstoffe auf den vertraglich frühestmöglichen Zeitpunkt ein (Art. 6 Abs. 4 ewr).

Diesen klaren Auftrag haben ewb und Gemeinderat bisher nicht erfüllt. Ein Umstieg aus fossilen, nicht erneuerbaren Energien und aus der Atomenergie hin zu einer umweltfreundlichen Energiepolitik ist nicht allein durch das ewb zu bewerkstelligen. Stadt und ewb haben jedoch einen Volksauftrag, alles nur Erdenkliche zu tun, damit dieser Prozess beschleunigt wird. Heute sieht die Beteiligung von ewb an Atomkraftwerken wie folgt aus:

Gösgen: Betriebsaufnahme 1979 (26 Betriebsjahre) EWB-AK-Anteil: 7.5%; Bezugsanteil an Gesamtstromerzeugung des EWB: 33%. VR-Mitglieder: Hayoz und Kramer

Fessenheim: Betriebsaufnahme 1977 (28 Betriebsjahre) EWB-AK-Anteil: 2.0% (Unterbeteiligung); Bezugsanteil an Gesamtstromumsatz des EWB: 7.5%.

Fazit: ewb deckt 40 Prozent des Energiebedarfs durch Atomenergie ab! Hier ist ein Umdenken nötig.

Der Gemeinderat wird aufgefordert, gemäss Art. 8 GO und Art. 6 EWR dem Stadtrat eine Prognose über den zukünftigen Energiebedarf und ein Ausstiegskonzept für seine Abdeckung aus Atomstrom vorzulegen. Dabei sind verschiedene zeitliche Szenarien zu erarbeiten.

Bern, 25. August 2005

Motion Natalie Imboden (GB), Urs Frieden, Catherine Weber, Martina Dvoracek, Karin Gasser, Anne Wegmüller, Myriam Duc, Simon Röthlisberger, Franziska Schnyder, Ha-sim Sancar
Antwort des Gemeinderats

Bericht des Gemeinderats

Im Mai 2006 hat der Gemeinderat die Energiestrategie für die Stadt Bern verabschiedet. Darin werden konkrete quantitative Ziele bezüglich der CO₂-Reduktion, Förderung erneuerbarer Energien und dem Stromverbrauch in der Stadt Bern bis 2015 festgehalten. Das Ziel für den Stromverbrauch ist wie folgt definiert: Begrenzung des Stromzuwachses auf maximal 5% bis 2015, was rund einer Halbierung des Stromzuwachses entspricht.

Mit der Erarbeitung der Eignerstrategie hat der Gemeinderat im Juni 2009 ein breit abgestütztes, ambitioniertes aber realisierbares Atomausstiegsszenario beschlossen. Der Ge-

meinderat betont damit seinen Willen, den Atomausstieg bis 2039 vollzogen zu haben. ewb hat aufgrund der Eignerstrategie ihre Unternehmensstrategie bereits entsprechend überarbeitet. Einzelne Investitionsvorhaben, welche für die Kompensation der Atomenergie notwendig sind, wurden seitens ewb bereits in Angriff genommen (Bsp. KVA).

Konkret erlauben die bereits erfolgten Entscheidungen u.a. eine erhöhte Flexibilität auch bezüglich der Beteiligung an Fessenheim. Zurzeit überarbeitet ewb ihre Portfoliostrategie, welche einen weiteren wichtigen Bestandteil für die konkrete Ablösung der Beteiligungen an Gösgen und Fessenheim darstellt. Für die Realisierung sind jedoch grosse Investitionsvolumen unabdingbar. Der Gemeinderat begleitet und beaufsichtigt diesen Prozess. Hierfür wird bis Ende 2009 ein entsprechendes Kennzahlensystem entwickelt, welches die Vorgaben der Eignerstrategie quantifizieren wird.

Weiteres Vorgehen

Die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie hat dieses Jahr den Prozess für die Erarbeitung des Energierichtplans für die Stadt Bern begonnen. Dieser wiederum wird eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung der neuen Energiestrategie für die Stadt Bern darstellen, deren Überarbeitung im Jahr 2011 gestartet werden soll.

Weiter ist die Initiative EnergieWendeBern hängig, welche ebenfalls den Atomausstieg fordert. Mit der Eignerstrategie hat der Gemeinderat signalisiert, dass er die Forderungen der Initianten ernst nimmt und gewillt ist, den Atomausstieg für die Stadt Bern zu realisieren. Zu beachten gilt es hierbei unter anderem, dass die Eignerstrategie im Gegensatz zu den Forderungen der Initianten nicht die gleiche Verbindlichkeit aufweist. Der Gemeinderat ist bestrebt, unter Berücksichtigung der nationalen und kantonalen Rahmenbedingungen (Strommarktliberalisierung, kantonales Energiegesetz) entsprechende Verbindlichkeiten zu schaffen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die erheblich erklärte Motion abzuschreiben.

Bern, 26. August 2009

Der Gemeinderat